



Klassenkampf von oben

Angriffspunkte, Hintergründe und rhetorische Tricks

Natascha Strobl, Michael Mazohl

ÖGB-Verlag 2022 | Paperback | 268 Seiten | EUR 29,90 | 978-3-99046-464-9

Klassenkampf findet statt. Während der Klassenkampf von unten mit Streiks und lauten Protestformen ausgetragen wird, findet der Klassenkampf von oben leise im Verborgenen statt. Den Klassenkampf von oben führen die wirtschaftlich Mächtigen, die aufgrund ihrer Vermögen und Einflussbereiche dazu in der Lage sind, gesellschaftliche Entwicklungen zu ihren Gunsten zu ändern – gegen die Interessen und auf Kosten der Vielen.

„Mazohl und Strobl haben ein radikales, sehr nützliches, und leider notwendiges Buch vorgelegt. Es sollte seinen Weg in die Hände (...) von KlimaaktivistInnen finden.“ (Blickpunkt WiSo 02/2023)

Zum Podcast „Klassenkampf von oben“: www.arbeit-wirtschaft.at/podcast



ABC des Unsozialen

Was sie sagen, was sie meinen

Adi Buxbaum

ÖGB-Verlag 2023 | 2. aktualisierte Auflage | Paperback | Varia | 164 Seiten | EUR 24,90 | 978-3-99046-668-1

Das Buch ist als eine Leseanleitung für viele gesellschaftlich relevante Debatten in Österreich konzipiert. Denn: Manche Erzählungen und Haltungen sind offensichtlich gegen den Sozialstaat und den sozialen Ausgleich gerichtet, manche müssen aber erst als solche enttarnt werden.

Die Dekonstruktion von neoliberalen und neokonservativen Frames und das Aufdecken von gegen den Sozialstaat gerichteten Argumentationslinien stehen daher im Zentrum der Betrachtung.

Das Buch zeigt aber auch den bestehenden Gestaltungsspielraum für sozialen Fortschritt auf. Beispiele und praktische Anwendungen helfen beim Verständnis der Zusammenhänge.

volkshilfe.

WIR KÖNNEN KINDERARMUT ABSCHAFFEN!

UNTERSCHREIBE JETZT!
KINDERARMUT-ABSCHAFFEN.AT/PETITION



Vorwort des Attac-Vorstands 4

brennpunkte

Energieversorgung demokratisieren!	5
EU-Mercosur: Der Druck steigt	6
Energiecharta-Vertrag vor dem Aus	8
Österreich schließt öffentliches Eigentümerregister	10
Deglobalisierung – jetzt neu?	12
Ein Kuckucksei namens EU-Mindeststeuer	14
Finanziers der Klimakrise bestimmen die Agenda	16

rückblicke

Die SommerAkademie 2022	17
Aus den Attac-Gruppen	18

Impressum

Attac Österreich Magazin 2023/1
Attac Österreich Jahresbericht 2022

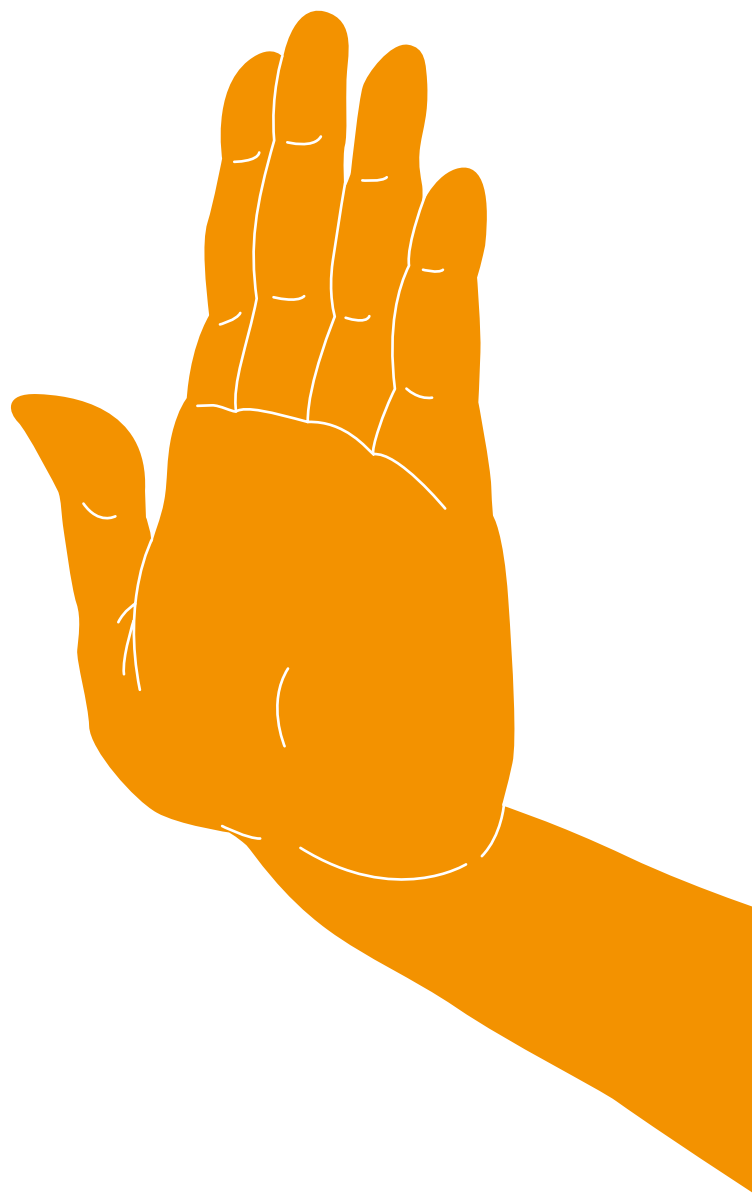
Attac Österreich
Netzwerk für eine demokratische, sozial-,
ökologisch- und geschlechter-gerechte
Gestaltung der Wirtschaft

Margaretenstraße 166/3/25
A-1050 Wien
Tel: 01/544 00 10
Internet: attac.at
E-Mail: infos@attac.at
IBAN: AT552011182424891500

Grafik: Christian Berger, Walarie
Borowski, Wolfgang Homola,
Anne Lange, Klara Tolnai
grafikteam@attac.at
Druck: gugler* print, 3390 Melk
Auflage: 4.800 Stück
Für den Inhalt verantwortlich:
Attac Österreich
Fotos (wenn nicht anders angegeben):
Attac Österreich
Inseratenakquisition: Monika Stadler,
Wilhelm Zwirner
Redaktion: Barbara Cäcilia Supper-
Schmitzberger, David Walch
Gesamtkoordination: Barbara Cäcilia
Supper-Schmitzberger
(Namen in alphabetischer Reihenfolge)

Vervielfältigung erwünscht, bei Veröffentli-
chungen bitten wir um Belegexemplare.

Wien, April 2023



liebe leser*innen!



Menschenrechte

Seit über einem Jahr wird in Europa wieder Krieg geführt. Er hat auch massive wirtschaftliche, soziale und politische Folgen für Europa und den ganzen Kontinent in einen Krisenmodus versetzt. Für die Gesellschaften Europas wird der Ukrainekrieg zunehmend zur Zerreißprobe: Steigende Preise führen zu großer Unsicherheit und Unmut. Das ist gefundenes Fressen für die Rechten. Und der Krieg hat verdeutlicht, wie stark wir von fossilen Rohstoffen abhängig sind, die zu einem großen Teil aus Russland stammen. Allerhöchste Zeit, diese Abhängigkeit zu reduzieren, den längst überfälligen Umstieg auf erneuerbare Energien zu forcieren und sich von den liberalisierten Energiemärkten zu befreien!

Klimaschutz ist ein Kernanliegen von Attac. Es braucht rasche Lösungen und Maßnahmen, die die Umwelt schützen und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit fördern. Die EU geht leider in eine andere Richtung: Noch heuer soll das EU-Mercosur-Abkommen durchgeboxt werden (mehr dazu auf Seite 6). Die internationale Klimapolitik wird nach wie vor von Profitorientierung dominiert. Auf dem UN-Klimagipfel etwa hatte die Finanzindustrie das Sagen. Es sind

Vorwort
des
Vorstands
von Attac
Österreich

4

Finanzkonzerne, die weiterhin fossile Industrien finanzieren und damit ein zerstörerisches System befeuern (siehe Seite 16).

„Menschen statt Profite“ heißt es für Attac auch beim Thema Finanzbildung. Attac hat das Finanzspiel „BLING – Stadt des Erfolges“ im letzten Jahr entwickelt und geht damit nun an Schulen, Erwachsenenbildungsstätten und andere ausgesuchte Orte, um eine kritische Reflexion zu starten und aufzuzeigen, dass Wirtschaft politisch gestaltet werden kann.

Es gilt Gegenarrative aufzustellen und den Krisen mit einem sozial-ökologischen Blickwinkel zu begegnen. Neben dem Vorantreiben der Kampagne zur Demokratisierung der Energieversorgung (siehe Seite 5) hat Attac sich daher im Herbst auch an der Gründung der Plattform „Es reicht!“ beteiligt. Mit direkten Gesprächen und Demonstrationen soll Druck von unten für ökologische und sozial treffsichere Maßnahmen aufgebaut werden. Neben einer Erhöhung von Löhnen und Sozialleistungen, der Sicherung von Care-Leistungen und Grundbedürfnissen fordern wir Steuern auf große Vermögen und exzessive Konzerngewinne – so werden Verteilungsgerechtigkeit und ein gutes Leben für alle möglich.



Biodiversität

Apropos Steuern: Die EU hat sich auf eine Mindeststeuer von 15 Prozent auf Konzerne geeinigt. Die Steuer ist zwar prinzipiell begrüßenswert, Attac kritisiert aber die geringe Höhe der Steuer und ihren begrenzten Geltungsbereich (Analyse siehe Seite 14).

Aber es gibt auch einen riesigen Erfolg zu feiern: Die EU-Kommission plant den Ausstieg aus dem Energiecharta-Vertrag (siehe Seite 8)! Gegen dieses Klimakiller-Abkommen haben wir gemeinsam mit internationalen Partner*innen jahrelang gekämpft. Der Ausstieg ist ein Sieg für die Zivilgesellschaft und ein wichtiger Schritt, um Klimaschutzmaßnahmen und die Energiewende voranzutreiben.

Wir wünschen eine spannende Lektüre!

Euer Attac Vorstandsteam



Nachhaltigkeit

energieversorgung demokratisieren!

schluss mit der abhängigkeit von fossilen energiekonzernen

Die Energiekrise hat Auswirkungen auf alle Lebensbereiche. Immer mehr Menschen können sich ihre Grundbedürfnisse nicht mehr leisten – Existenzen stehen auf dem Spiel. Zeitgleich verzeichnen die großen Energiekonzerne Rekordgewinne und profitieren in hohem Maße von der Krise. Die auf Profit und Spekulationen ausgerichteten Energiebörsen treiben die Preise in die Höhe – und das, obwohl die Erzeugungskosten für die meisten Energiearten kaum gestiegen sind. Die aktuell vorgeschlagenen Reformen – sowohl in Österreich als auch auf EU-Ebene – ändern an diesem grundlegenden Problem jedoch nichts und möchten die Energieversorgung weiter den Märkten überlassen. Wir fordern hingegen eine gerechte und demokratische Energieversorgung.

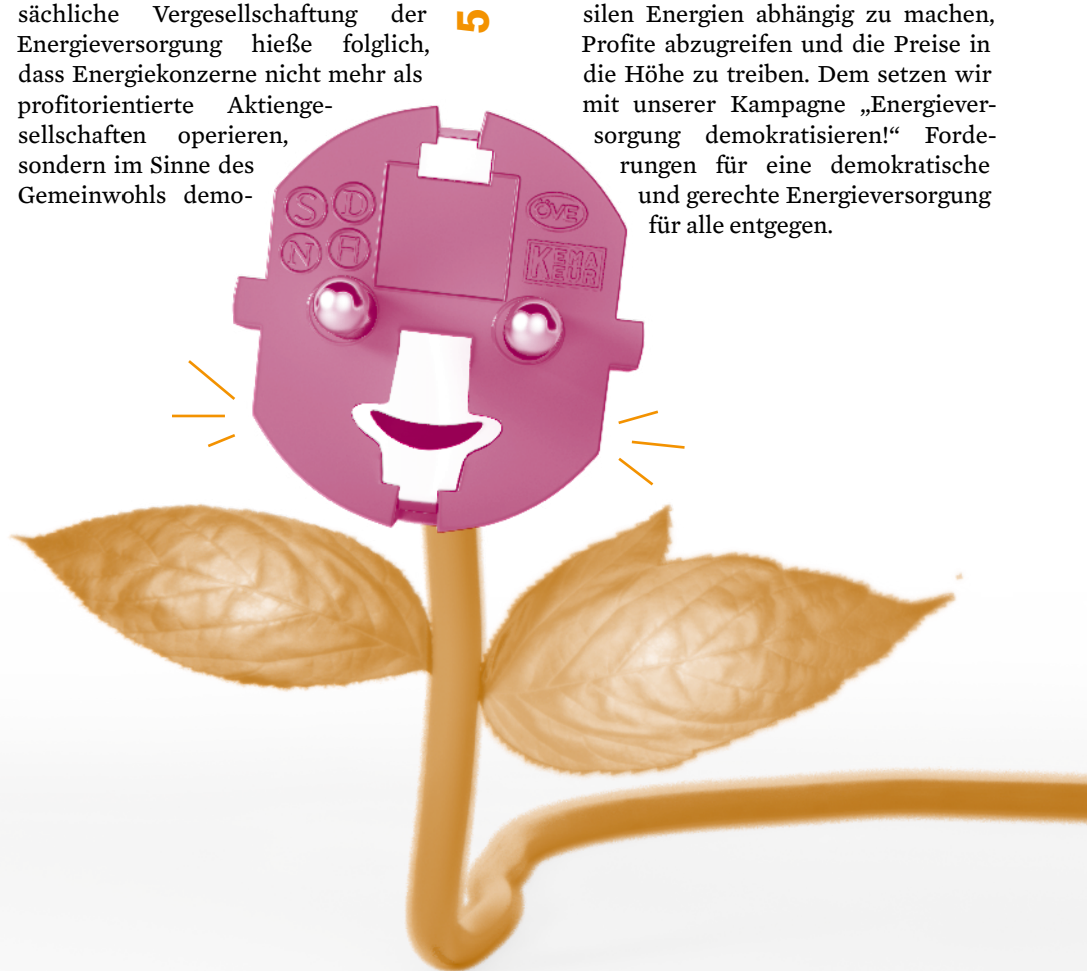
Wie das ausschauen könnte, zeigt das Konzept der Energiedemokratie. Sie basiert auf einem *ökologischen Energiesystem* mit 100 Prozent erneuerbaren Energiequellen und einer deutlichen Reduktion des Gesamtenergieverbrauchs in Ländern des Globalen Nordens. Um tatsächlich als „klimaneutral“ zu gelten, muss Österreich bis 2040 den Gesamtenergieverbrauch halbieren. Energieversorgung muss allerdings nicht nur ökologisch, sondern auch universell zugänglich und gerecht verteilt sein. Wir können Energiearmut, ungerechte Verteilung und einen verschwenderischen Umgang mit Energie beenden – dafür fordern wir den *Energie-Grundanspruch* mit progressiven Energietarifen. Der entscheidende Schritt, um diese Ziele zu erreichen, ist eine *weitreichende Vergesellschaftung und Demokratisierung der Energieversorgung*.

Derzeit organisiert ein intransparentes und liberalisiertes Marktmodell den Großteil unserer Energieversorgung – dieses gilt es zu überwinden. Der profitgetriebene Handel mit Energie an den Börsen steht der Vision einer Energiedemokratie massiv im Weg. Um dem entgegenzuwirken, braucht es insbesondere auf europäischer Ebene ein Ende der Spekulationen. Stattdessen sollten Gemeinnützigkeit und Versorgungssicherheit als Leitlinie im europäischen Energiesystem verankert werden. Eine tatsächliche Vergesellschaftung der Energieversorgung hieße folglich, dass Energiekonzerne nicht mehr als profitorientierte Aktiengesellschaften operieren, sondern im Sinne des Gemeinwohls demo-

von Max Hollweg und Lotte Jüsten, Attac-Kampagnenteam

kratische Versorgungsstrukturen aufbauen. Diese können in Form von öffentlichem Eigentum und einem koordinierten Ausbau kooperativer Strukturen realisiert und verwaltet werden. Konkret könnten das demokratische Versorger*innen, Stadtwerke, Bürger*innen-Kraftwerke oder Genossenschaften sein.

Die Zukunft der Energieversorgung ist in den vergangenen Monaten zu einem heftig umkämpften Feld geworden – die Lobby der Energiekonzerne versucht weiter, uns von fossilen Energien abhängig zu machen, Profite abzugreifen und die Preise in die Höhe zu treiben. Dem setzen wir mit unserer Kampagne „Energieversorgung demokratisieren!“ Forderungen für eine demokratische und gerechte Energieversorgung für alle entgegen.



EU-mercosur: 2023 steigt der druck für einen abschluss

ein handelsabkommen aus dem letzten jahrtausend

Das EU-Mercosur Abkommen dient in erster Linie den Interessen transnationaler Agrar-, Pestizid- und Autokonzerne, da mehr Soja und Rindfleisch gegen Düngemittel und Autos getauscht werden sollen. Der Schutz von Menschenrechten und Klima oder gar der Tausch von klimafreundlichen Technologien oder Biodiversitätsschutz kommen dabei natürlich zu kurz.

Mit EU-Mercosur: keine sozial-ökologische Transformation!

Nicht zuletzt die aktuelle Energie- und Teuerungskrise machen uns schmerzlich klar, wie dringend überfällig eine sozial-ökologische Transformation in Europa ist. Das EU-Mercosur Abkommen ist dafür jedoch ein Hemmschuh. Wir haben 2022 eine Studie veröffentlicht, die im Detail aufdeckt, wie das Abkommen eine Mobilitätswende in Europa ver-

hindert: Indem Zölle für fossile Autos aus Europa gesenkt werden und Konzerne leichter Zugang zu den für Autos notwendigen Rohstoffen bekommen, wird der Kreislauf der fossilen Autoproduktion am Leben gehalten. Darüber hinaus trägt zum Beispiel auch die Produktion von Leder für Autositze zur weiteren Entwaldung bei. Diese wird auch durch die scheinbar „grünen“ Agrotreibstoffe, die von Mercosur nach Europa geliefert werden sollen, immer stärker vorangetrieben. Lange Transportwege führen zu noch höherem Ausstoß von Treibhausgasen und dienen europäischen Konzernen als Argument dafür noch mehr Autobahnen zu bauen.

Durch das Abkommen soll zudem noch mehr Soja angebaut werden, das als Futtermittel nach Europa kommt und hier massenhaft zu Fleisch weiterverarbeitet wird. Dabei gerät die nachhaltige kleinbäuerliche Landwirtschaft auf beiden Seiten des Atlantiks

von
Theresa
Kofler



massiv unter Druck. Eine sozial-ökologische Transformation der Landwirtschaft wird so verhindert. Auch die Suche nach Rohstoffen für Batterien (beispielsweise Lithium) oder nach neuen Gas-Vorkommen führen nur zu einer Verdrängung des Problems, anstatt den Ausbau erneuerbarer Energien in Europa endlich anzugehen und die längst überfällige Diskussion über eine Reduktion des Energieverbrauchs zu führen.

Lula: Handel mit Freunden?

In Österreich hat der österreichische Nationalrat die Regierung im September 2019 zu einem „Nein zum EU-Mercosur-Abkommen“ auf EU-Ebene verpflichtet. Auch die aktuelle Grün-Schwarze Regierung hat dieses „Nein“ in ihr Regierungsprogramm aufgenommen.

Doch mit der Wahl von Luiz Inácio Lula da Silva in Brasilien machen sich Befürworter*innen des Abkommens wieder große Hoffnungen. Denn im Gegensatz zu seinem Vorgänger Jair Bolsonaro wird Lula mehr Maßnahmen ergreifen um den Amazonas zu schützen. Zeitgleich beschließt die EU ein Gesetz für entwaldungsfreie Lieferketten. Damit wären die größten Bedenken aus dem Weg geräumt, hoffen zentrale Länder wie Spanien



oder Schweden sowie Lobbyvereine wie die Industriellenvereinigung.

Zusätzlich argumentieren Befürworter*innen seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine mit der Notwendigkeit, mehr „Handel mit Freunden“ zu betreiben. Die dahinterliegende Theorie, dass Länder, die miteinander Handel betreiben, keine Kriege führen, ist jedoch empirisch falsch. Dass sie nur als Ausrede dient, zeigen nicht zu letzt Statements und Aktivitäten der großen europäischen Konzerne, die mit dem Abkommen ihre Interessen durchsetzen möchten. Beispielsweise begleitete Wintershall-CEO Mario Mehren den deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz auf seiner Lateinamerika-Reise Anfang des Jahres – Wintershall als eines der größten europäischen Gasunternehmen hat riesiges Interesse an den Gas- und LNG-Vorkommen in Argentinien. Auch Bayer und Volkswagen sind mit dabei in Scholz' Wirtschaftsdelegation.

Druck für Abschluss 2023 wächst – EU greift in die Trickkiste

Die bevorstehenden Wahlen zum EU-Parlament 2024 und die damit einhergehende Neuaufstellung der EU-Kommission sind ein weiterer Grund für die Befürworter*innen auf einen Abschluss noch in diesem Jahr zu drängen. Dafür greift die EU zu altbekannten Tricks:

Schon seit Monaten kündigt die EU ein sogenanntes „Zusatzprotokoll“ an, mit dem Probleme wie die Entwaldung gelöst werden sollen. Aber solange ein Zusatzprotokoll nicht sanktionierbar ist, sind die Vereinbarungen darin nicht mehr wert als die Tinte, mit der sie geschrieben sind. Wir wissen von anderen Abkommen wie CETA oder EU-Südkorea was passiert, wenn die Vereinbarungen im Zusatzprotokoll gebrochen werden: Es wird beispielsweise eine Expert*innen-Kommission eingesetzt, die den Bruch von Arbeitnehmer*innen-Rechten analysiert und kritisiert. Und das war's auch schon; die Unternehmen können weitermachen wie bisher. Aufgrund dieser Erfahrungswerte sagen wir ganz klar: Kein Zusatzprotokoll kann die fundamentalen Probleme des EU-Mercosur Abkommens lösen!

Die EU-Kommission will außerdem den Widerstand Österreichs und anderer EU-Staaten gegen das Handelsabkommen EU-Mercosur aushebeln. Sie plant, das Abkommen in ein politisches und ein wirtschaftliches Kapitel zu teilen („Splitting“). Im Gegensatz zum politischen Teil soll der problematische wirtschaftliche Teil möglichst rasch auch ohne die Mitsprache der nationalen Parlamente beschlossen werden können. Bereits eine qualifizierte Mehrheit im EU-Rat oder und eine einfache Mehrheit im EU-Parlament würden hierfür ge-

nügen. Das derzeitige Veto Österreichs wäre also ausgehebelt! Auch bei den Abkommen EU-Mexiko und EU-Chile will die EU-Kommission so vorgehen. Daher fordert Attac gemeinsam mit 200 Organisationen aus der EU und Lateinamerika, die demokratische Mitsprache ihrer Parlamente sicherzustellen und das Splitting der Abkommen zu verhindern.

Jetzt sind wir gefragt!

Obwohl es gerade keine Anzeichen gibt, dass Österreich seine Nein-Position ändern möchte, sind wir höchst besorgt, dass die EU mit allen Mitteln versuchen wird, dieses Nein zu umgehen. Wir müssen gemeinsam die Nein-Position einfordern und klarmachen, dass wir eine andere Handelspolitik brauchen, um die sozial-ökologische Transformation zu schaffen!



energiecharta-vertrag vor dem aus – doch österreich zögert noch immer

ein koordinierter ausstieg der EU aus dem klimakiller-vertrag ist zum greifen nahe!



Seit Jahren kämpft Attac gemeinsam mit vielen internationalen Organisationen gegen den Energiecharta-Vertrag (ECT). Dieser Vertrag aus den 1990er Jahren zwischen 53 Staaten inklusive der EU ist ein wahrer Klimakiller. Er gibt fossilen Konzernen die Macht, Staaten vor privaten Schiedsgerichten wegen neuer Gesetze zum Klimaschutz auf Schadensersatz zu verklagen, wenn diese ihre Profite bedrohen.

Diese Sonderklagerechte von Konzernen, gegen die wir seit Jahren kämpfen, werden im Fall des ECT sehr effektiv gegen Klimaschutzmaßnahmen eingesetzt. Beispiele dafür sind etwa Konzernklagen gegen den Kohleausstieg der Niederlande, gegen ein Frackingverbot in Slowenien oder gegen das Verbot einer Ölplattform in Italien (siehe Kasten). Der ECT engt also den demokratischen Handlungsspielraum für mehr Klimaschutz ein und gefährdet die Energiewende.

Die EU hat jahrelang versucht den Vertrag mit den EU-Klimazielen vereinbar zu machen. Die internationalen Verhandlungen mit allen Vertragsparteien wurden von Österreich koordiniert. Eine entsprechende Einigung unter den ECT-Mitgliedsstaaten wurde im Sommer 2022 präsentiert und hätte im November 2022 von allen Mitgliedsstaaten offiziell abgesegnet werden sollen.

Doch Studien belegten deutlich, dass das Ziel der Vereinbarkeit mit den Pariser Klimazielen verfehlt wurde, da Konzerne weiterhin gegen Klimaschutzmaßnahmen klagen können. Auch Klagen gegen politische Maßnahmen für erneuerbare Energien stehen einer Energiewende im Weg. Trotz dieser klaren Analyse bestand die berechtigte Sorge, dass die EU-Staaten bei der entscheidenden ECT-Konferenz im November 2022 weiter im überarbeiteten Vertrag bleiben würden, anstatt komplett auszustiegen. Doch es kam anders ...

Ein Dominostein nach dem anderen fällt

Anfang September 2022 erklärte Polen als erstes Land, dass es aus dem ECT aussteigen würde. Anfang Oktober folgte Spanien – mit der Begründung, dass auch der überarbeitete Vertrag den EU-Klimazielen widerspreche. Dann ging es Schlag auf Schlag: Als auch die Niederlande, Frankreich, Slowenien, Luxemburg und Deutschland den Rückzug ankündigten, war klar, dass der ECT keine Zukunft mehr hat. Denn diese Staaten repräsentierten (gemeinsam mit dem bereits 2016 ausgestiegenen Italien) etwa 75 Prozent der EU-Bevölkerung. Somit kam die notwendige Mehrheit für den überarbeiteten Vertrag nicht zustande.

von
Theresa
Kofler
und David
Walch

Kurz darauf lehnte auch das EU-Parlament die Überarbeitung ab und forderte einen koordinierten Ausstieg der gesamten EU. Da die EU die Überarbeitung des ECT nun nicht mehr unterzeichnen konnte, wurde die dafür angesetzte ECT-Konferenz auf April 2023 vertagt. Schon das allein war ein Erfolg!

Und Österreich?

Trotz der EU-weiten Austrittswelle konnte sich die österreichische Regierung bisher noch immer nicht zu einem Ausstieg durchringen. Im November 2022 verkündeten Klimaschutzministerin Gewessler und Wirtschaftsminister Kocher lediglich, dass Österreich den Ausstieg „prüfe“ – auch aufgrund des Drucks der zigtausenden E-Mails, die via Attac-Petition an die österreichische Regierung geschickt wurden.

Ein koordinierter EU-Ausstieg ist zum Greifen nah

Im Februar 2023 vollzog dann auch die EU-Kommission eine 180-Grad-Wendung: Nachdem sie jahrelang am klimaschädlichen ECT festgehalten hatte, bleibt ihr nun kein anderer Weg mehr als offiziell den Ausstieg der EU-Staaten vorzuschlagen.

Voraussetzung für einen koordinierten Ausstieg der EU ist nun eine qualifizierte Mehrheit unter den EU-Staaten – diese ist zum Greifen nah.* Ein koordinierter Ausstieg wäre auch der sicherste Schutz vor weiteren Konzernklagen gegen die Energiewende. Denn der Haken am ECT ist, dass nur ein wechselseitiger Ausstieg von möglichst vielen Staaten eine Klausel im Vertrag unwirksam machen kann, wonach der Vertrag bei einseitigem Ausstieg eines Staates noch 20 Jahre fortbesteht.

Wie geht es nun weiter?

Der ECT fällt als „gemischtes Abkommen“ sowohl in die Zuständigkeit der EU als auch in jene der Mitgliedsstaaten. Sollte die EU als Ganzes austreten, können einzelne Mitglieds-

staaten nur Vertragsparteien im ECT bleiben, wenn die EU dies „autorisiert“. Da aber der überarbeitete Vertrag gegen die EU-Klimaschutzziele, und der alte – noch immer in Kraft befindliche – Vertrag zusätzlich gegen EU-Recht verstößt, ist dies kein rechtlich vertretbares Szenario.

Es ist höchste Zeit, dass sich Österreich jetzt jenen EU-Ländern anschließt, die bereits aus dem Vertrag ausgestiegen sind. Nur so kommen wir einem koordinierten EU-Austritt näher! Im Sinne des Klimaschutzes ist es dafür höchste Zeit. Ein Ausstieg wäre nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch für die Demokratie enorm wichtig. Und es wäre ein großer Erfolg für Attac und alle, die seit Jahren gegen diesen Klimakiller-Vertrag mobilisieren!

Konzernklagen – Beispiel Italien:

Der britische Öl- und Gaskonzern Rockhopper hat von einem Schiedsgericht Ende August 250 Millionen Euro „Schadensersatz“ für „entgangene Profite“ von Italien zugesprochen bekommen. Der Konzern wollte das Ombrina Mare-Ölfeld ausbeuten, obwohl die Region – nur 9 km vor der Abruzen-Küste – immer wieder Schauplatz von heftigen Erdbeben ist. Das italienische Parlament hatte jedoch 2016 wegen des hohen Erdbebenrisikos alle Öl- und Gasaktivitäten in Küstennähe verboten. Der Konzern argumentierte in seiner Klage, dass ihm dadurch Investitionen und „zukünftige Profite“ verloren gehen und er deshalb entschädigt werden müsse – und gewann.

Fordere die Regierung zum Ausstieg aus dem ECT auf:
attac.at/ect



Der ECT-Rex, ein fossiles Monster aus der Vergangenheit, hat in Wien Halt gemacht.



* Laut Attac vorliegenden Informationen sind neben den oben genannten Staaten und Österreich auch Belgien, Portugal, Irland, Dänemark, Griechenland, Tschechien, Bulgarien und Lettland bereit einen Ausstieg zu vollziehen.

reiche wieder im dunkeln: österreich schließt öffentliches eigentümerregister

ein schwerer rückschlag im kampf
gegen steuerbetrug, geldwäsche und
korruption

Hunderte Milliarden Euro gehen den Staaten jährlich durch Steuerbetrug, Korruption und Geldwäsche verloren. Eine wesentliche Rolle spielen dabei intransparente Konstruktionen wie Stiftungen oder Briefkastenfirmen, mit denen die Reichsten ihre Besitzverhältnisse verschleiern.

Attac hat sich daher jahrelang gemeinsam mit vielen europäischen Organisationen für öffentlich zugängliche „Register wirtschaftlicher Eigentümer“ in der EU eingesetzt. Damit werden Eigentumsverhältnisse für die Öffentlichkeit besser nachvollziehbar und Steuerbetrug und Geldwäsche erschwert. Wissenschaftler*innen können die Register zudem nutzen, um ungleiche Vermögensverteilung besser zu erforschen. Und sie könnten als Vorstufe für wirklich effektive Vermögensregister dienen.

Ein nicht perfektes Register sorgt für etwas mehr Transparenz

Tatsächlich haben wir 2018 erreicht, dass die EU eine Richtlinie beschlossen hat, welche die Mitgliedsstaaten zu solchen öffentlich zugänglichen Registern verpflichtet. Diese waren allerdings bei weitem nicht perfekt. So konnte die Verpflichtung zur Erfassung relativ einfach umgangen

von Kai J. Lingnau und David Walch

werden, indem man die Beteiligung an Firmen auf unter 25 Prozent aufteilt. Die Register waren zudem nicht zwischen EU-Staaten vernetzt – aber dennoch so nützlich, dass sogar Behörden oftmals lieber diese nutzten, als monatelang dauernde Rechtshilfeersuchen an andere Staaten zu stellen. Kurzum:

Die Register waren ein erster Schritt für mehr Transparenz

Zur Bewertung des österreichischen Registers haben wir im Mai 2022 eine eintägige Konferenz mit internationalen Expert*innen veranstaltet.* Positiv hervorgehoben wurde dabei, dass das Register durch automatisierte Verknüpfungen mit Firmenbuch und Melderegister relativ viele valide Daten erhielt. Vorrangiges Ziel des Finanzministeriums war es dabei, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu minimieren. Verstöße wurden zudem effektiv sanktioniert.

Negativ hingegen war, dass eine öffentliche Suche nur nach Firmenwortlaut möglich war, nicht aber nach Personen. Man konnte also erfahren, wem eine Firma oder Stiftung gehört – aber nicht, welche Firmen oder Stiftungen einer Person zuzurechnen sind. Zudem war das Register nicht maschinell durchsuchbar; jede Abfrage war kostenpflichtig und musste einzeln erfolgen. Die Schwierigkeiten bei der Sanktionierung von Oligarchen-Vermögen machten deutlich, dass auch

die Einsetzung von Strohmannern/-frauen ein Problem darstellt. Immobilien, Aktiendepots, Jachten und Privatjets wurden zudem nicht zentral miterfasst.

Ein skandalöses Urteil mit einem zweiseitigen Kläger

Doch mit Ende November 2022 hat Österreich den öffentlichen Zugang zu diesem Register völlig eingestellt. Dies geschah nur einen Tag nachdem ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) den uneingeschränkten öffentlichen Zugang für rechtswidrig erklärt hatte. Laut Urteil seien die Register ein „zu großer Eingriff in die Grundrechte auf Schutz der Privatsphäre“. Ausgangspunkt war die Klage des luxemburgischen Geschäftsmannes Patrick Hansen. Dieser fungierte als „Geschäftsführer“ (wohl eher Strohmann) eines Netzes von etwa 110 Firmen, viele davon mit Sitz in bekannten Steuersümpfen.

Dieses Urteil ist ein schwerer Rückschlag im Kampf gegen Steuerbetrug, Geldwäsche und Korruption. Und es hat absurde Züge: Hansen hatte angeführt, bei Reisen in gefährliche Länder vor dem Risiko von Ent-



führungen zu stehen. Ob sich das Risiko tatsächlich dadurch erhöht, dass er nicht nur öffentlich als Vertreter der Unternehmen auftritt, sondern im luxemburgischen Register auch als solcher zu erkennen ist, wurde nicht überprüft. Der EuGH verwies auch darauf, dass die Kriminalitäts-Bekämpfung nicht vorrangig der Öffentlichkeit, sondern den hierfür zuständigen Behörden obliegt. Dabei ignorierte er die Tatsache, dass es gerade die kritische Öffentlichkeit und nicht die Behörden waren, die große Skandale wie die PanamaPapers etc. aufgedeckt und damit auch Druck für politische Fortschritte erzeugt hatten.

Österreich sperrt alle aus – sogar Journalist*innen

Der EuGH anerkannte jedoch, dass für die Presse und Organisationen der Zivilgesellschaft ein „berechtigtes Interesse“ am Zugang zu Informationen besteht. In den meisten EU-Staaten wurde das Register daher nicht völlig geschlossen, sondern blieb mit Einschränkungen (und teils erheblichen Hürden) zugänglich.

Nicht so in Österreich: Hier wurde dem ORF-Journalisten Martin Thür sogar trotz eines ausführlich begründeten Antrags eine Einsicht verwei-

gert. Für Attac kommt diese Transparenz-Blockade nicht überraschend, hat sich das Finanzministerium auf EU-Ebene doch jahrelang gegen den öffentlichen Zugang zu derartigen Registern ausgesprochen. Umgesetzt wurde dieser nur, weil man die EU-Richtlinie eben umsetzen musste. Das gleiche gilt im Übrigen beim Thema Steuertransparenz von Konzernen. Wir fordern die Regierung auf, den Zugang sofort so anzupassen, dass er mit „berechtigtem Interesse“ (also etwa für Journalist*innen, Zivilgesellschaft und die Wissenschaft) uneingeschränkt und ohne Hürden möglich ist.

Wir fordern volle Transparenz! Die EU muss die Richtlinie reparieren

Die EU-Kommission und das EU-Parlament wiederum sollten die entsprechende EU-Richtlinie rasch reparieren. Positiv ist, dass die entsprechenden EU-Verhandlungen noch heuer stattfinden werden. Attac wird

sich dafür einsetzen, dass dabei nicht nur ein möglichst ungehinderter Zugang sichergestellt wird, sondern auch die bisherigen Schwachstellen ausgebessert werden.

Der öffentliche Zugang zu Daten über wirtschaftliches Eigentum ist von entscheidender Bedeutung, um Steuerbetrug und Korruption aufzudecken, aber auch um mehr über die höchst intransparente Vermögensverteilung zu erfahren. Je mehr Menschen einfachen Zugang zu diesen Registern haben, desto effektiver sind diese.

* Die Konferenz fand im Rahmen des Projekts „Civil Society Advancing Beneficial Ownership Transparency“ von Transparency International (TI-S), Tax Justice Network (TJN), Transcrime – Università Cattolica del Sacro Cuore (Transcrime – UCSC) und dem Government Transparency Institute (GTI) statt. In Österreich wurde die Konferenz in Kooperation mit der Arbeiterkammer Wien, Attac und dem Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC) durchgeführt.



deglobalisierung – jetzt neu?

die neoliberale globalisierung ist kein naturgesetz

Infolge von Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg stellen sogar westliche Regierungen die Frage, ob die neoliberale Globalisierung nicht „zu weit“ gegangen sei. Doch mehr geopolitische Konkurrenz und kapitalistische Expansion werden die globalen Probleme nur verschärfen.

Die neoliberale Globalisierung ist ein essenzieller Bestandteil unserer kapitalistischen Wirtschaft. Sie ist aber kein „Naturgesetz“ oder nur eine Folge technologischer Innovation. Sie war und ist politisch gestaltet und folgt den verschränkten Expansionsstrategien imperialer Staaten und kapitalistischer Profitlogik. Seit den 1980er Jahren stehen dahinter zunehmend die Interessen immer mächtigerer transnationaler Konzerne und Finanz-„Investoren“. Durch neoliberale Handelsabkommen, Privatisierungen und Liberalisierungen öffnen sie laufend neue Märkte und Lebensbereiche für profitable Investitionen. Gleichzeitig setzen sie auf internationale Institutionen (IWF, Weltbank, EU, WTO), um ihre Profitinteressen langfristig gegen demokratische „Störungen von unten“ abzusichern. Die zerstörerischen Folgen waren schon vor der Corona-Pandemie und dem Ukraine-Krieg offensichtlich.

1. Die Störungsanfälligkeit globaler Lieferketten und von Just in Time-Produktion betrifft zahlreiche Produktionszweige und gefährdet die Versorgungssicherheit mit essenziellen Gütern. Die Globalisierung hat uns verwundbar gemacht.
2. Die Globalisierung bedroht unsere Lebensgrundlagen, denn der globalisierte Kapitalismus ist von fossiler Energie abhängig: Weltweite billige Produktion, die globale Agrarindustrie und immer mehr überflüssiger Handel wären ohne die Nutzung von Öl und Gas nicht möglich. Diese Abhängigkeit führt zu Preisschocks, Verarmung, Milliardenprofiten für Energie- und Rohstoffkonzerne und zur Zunahme von geopolitischen Konflikten.
3. Die Globalisierung verschärft die Kluft zwischen Arm und Reich – sowohl innerhalb der Gesellschaften als auch zwischen globalem Norden und Süden – und gefährdet die Demokratie. Konzerne setzen Löhne, Arbeitsbedingungen, Klimaschutz und Steuersätze weltweit unter Druck.

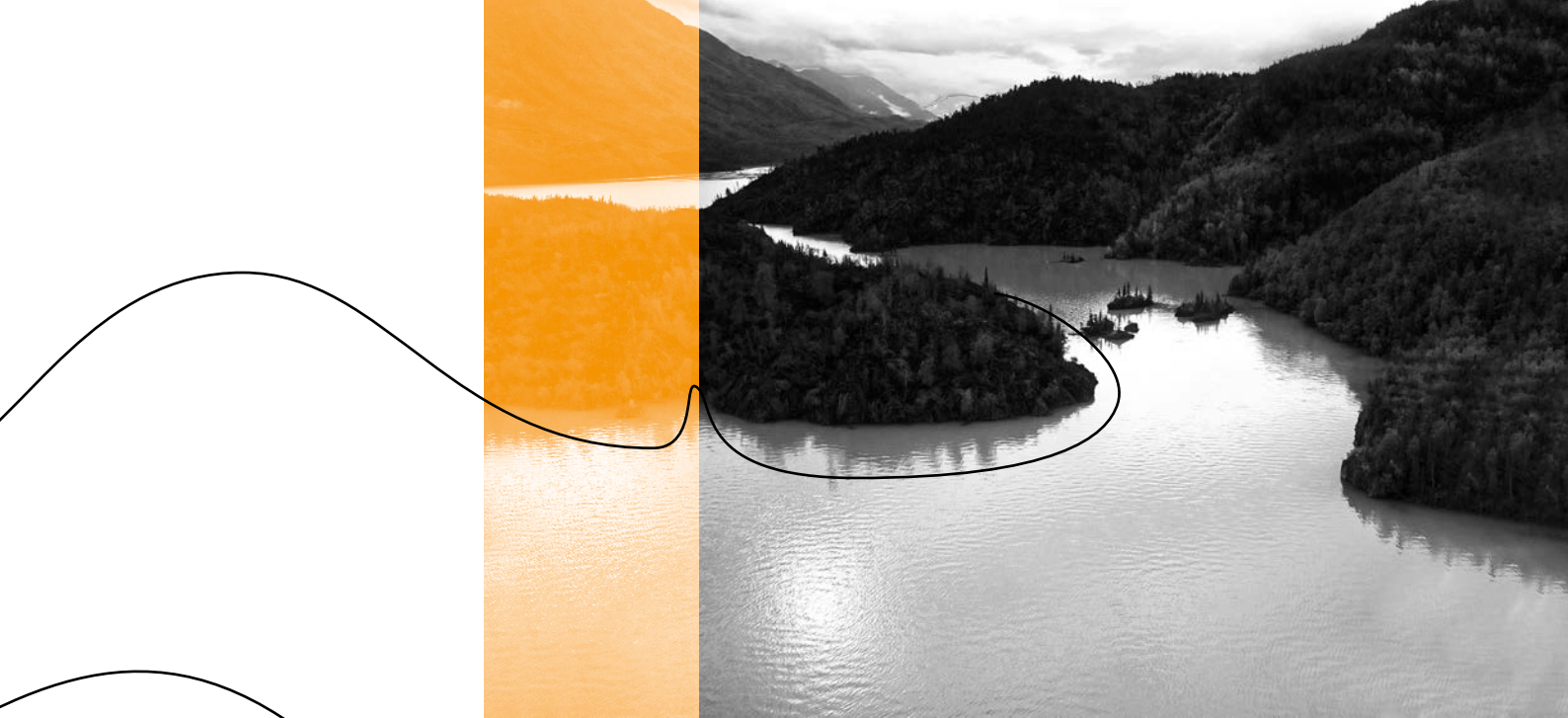
von
Theresa
Kofler
und David
Walch

Keine klimasoziale Transformation

Angesichts der globalen Krisen können auch die neoliberalen Eliten ihre Erzählungen über die angeblichen „Segnungen der Globalisierung“ nicht länger aufrechterhalten: Nun diskutieren sie erstmals die Frage, ob die neoliberale Globalisierung nicht doch „zu weit“ gegangen sei.

Handelspolitik wird zunehmend von geopolitischer Blockbildung getrieben: Westliche Staaten wollen einerseits ihre eigenen Wirtschaften durch stärkere Regionalisierung absichern, während gleichzeitig Handel mit Freunden in strategisch zentralen Industrien vorangetrieben und die politisch-militärischen Bande zwischen westlichen Staaten gestärkt werden. „Friendshoring“ und „wertebasierte Handelspolitik“ lauten die neuen Schlagworte der USA und der EU. Doch diese Agenda ist nicht vorrangig von Werten wie Menschenrechten, Demokratie, sozialen oder ökologischen Motiven getrieben.

Die USA fördern mit ihrer neuen industriepolitischen Agenda (Inflation Reduction Act) eine stärkere Regionalisierung der US-Wirtschaft und gezielt „grüne“ Investitionen. Auch wenn das Programm eine positive kli-



mapolitische Kehrtwende zu Donald Trump einläutet – eine konsequente Abkehr von fossiler Energie, klimaschädlicher Mobilität oder Markt(schein)lösungen ist nicht in Sicht. Die politische Macht der Öl- und Gas-Konzerne wird viel zu wenig zurückgedrängt.

Die Antwort der EU darauf lautet „Green Deal Industrial Plan“. Sie setzt jedoch noch weniger auf eine Regionalisierung der Wirtschaft oder gar eine Mobilitäts-, Agrar- und Energiewende. Vielmehr drohen die geplanten „grünen Förderungen“ ohne Auflagen zur Spielwiese für Konzernlobbyisten zu werden. Obendrein treibt die EU neue neoliberale Handelsabkommen wie EU-Mercosur, EU-Chile oder EU-Mexiko voran – unter dem Vorwand, so die Energiewende und die aktuellen Krisen bewältigen zu können. Gleichzeitig verfolgt die EU neue neokoloniale Energie-Projekte im globalen Süden oder verhindert mit der Blockade der Patentfreigabe ebendort eine regionale Arzneimittelproduktion.

Wie müsste eine klimasoziale Globalisierung aussehen?

Eine klimasoziale Transformation unserer Wirtschaft ist überlebensnotwendig. Der Schutz unserer Lebensgrundlagen, soziale Sicherheit, Demokratie, Arbeits- und Menschenrechte (kurz: das gute Leben für alle Menschen) müssen dabei im Zentrum stehen. Produktion, Konsum, Energie- und Ressourcenverbrauch müssen sich vor allem in den reichen Ländern radikal verändern und sinken. Die nötige Mobilitäts-, Agrar- und Energiewende kann nur durch demokratische und finanzielle Handlungsspielräume gelingen. Die Grundlage dafür ist auch eine massive Umverteilung von Reichtum und Besitzverhältnissen.

Damit ist klar, dass auch die Globalisierung völlig anders gestaltet werden muss. In Bereichen wie dem Finanzsektor, der Landwirtschaft oder den öffentlichen Diensten ist eine Rücknahme von Liberalisierung und Deregulierung nötig. Der Ausstieg aus fossiler Energie erfordert zwangsläufig eine Reduktion der Welthandelsströme zugunsten regionaler oder überregionaler Wirtschaftskreisläufe. Eine klimasoziale Globalisierung basiert aber nicht auf nationalistischer Abschottung oder Konkurrenz, sondern auf Kooperation und dem komplementären – also ergänzendem – Austausch von Waren und gleichberechtigter internationaler Zusammenarbeit.

Konzernmacht brechen!

Wie gut wir diese Ziele verwirklichen können, ist nicht vorrangig eine Frage von innovativen Vorschlägen, sondern eine Frage von sozialen Kämpfen und Machtverhältnissen. Die nötigen Verschiebungen bedürfen einer Vielzahl von Strategien. Egal ob wir Widerstand gegen neoliberale Handelsabkommen leisten, ob wir dafür kämpfen, die Profitlogik bei Wasser, Wohnen, Energie oder Gesundheit zurückzudrängen, ob wir uns für eine Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft einsetzen und konkrete alternative Projekte von unten organisieren: Wir brauchen weiterhin eine starke und vernetzte globalisierungskritische Bewegung, um die Ausweitung der neoliberalen Globalisierung zu stoppen und die globalen Spielregeln im Interesse der Menschen und der Umwelt zu verändern!

Die Langversion dieses Beitrags finden Sie unter attac.at/deglobalisierung

ein kuckucksei namens EU-mindeststeuer



ausgerechnet die größten steuersümpfe werden von der neuen EU-mindeststeuer profitieren

Knapp vor Weihnachten 2022 einigten sich die EU-Staaten auf die Einführung einer Konzern-Mindeststeuer in der Höhe von 15 Prozent. Ein „Herzensprojekt“ nannte das etwa der deutsche Kanzler Olaf Scholz. Die EU setzt damit einen Teil („Säule 2“) der entsprechenden OECD-Vorgaben um, auf die sich 136 Länder bereits 2021 geeinigt hatten. Die mediale Berichterstattung zur EU-Mindeststeuer konzentrierte sich vorrangig auf die anfängliche Blockade Ungarns und den Kuhhandel um deren Auflösung. Eine genaue Erklärung, was genau eigentlich beschlossen wurde, blieb auf der Strecke. Das verwundert kaum, sind doch internationale Steuerregeln äußerst komplex und schwer vermittelbar. Doch der Teufel steckt wie so oft im Detail – besonders in diesem Fall.

Wie die Mindeststeuer funktioniert

Zunächst muss man verstehen, dass die Mindeststeuer nicht bedeutet, dass jedes Land seine Unternehmenssteuern auf mindestens 15 Prozent festsetzen muss. Staaten können niedrigere Steuersätze beibehalten – auch EU-Steuersümpfe wie Irland oder Ungarn mit 12,5 oder 9 Prozent. Die Min-

deststeuer gibt aber (vereinfacht gesagt) den Konzernsitzländern das Recht, jenen Teil der weltweit erzielten Gewinne* nachzubesteuern, der mit weniger als 15 Prozent besteuert wurde.

Die grundlegende Kritik an den OECD-Steuerplänen ist nicht neu: Die 15 Prozent Mindeststeuer sind viel zu niedrig, um den Steuerwettbewerb zu stoppen. Zudem sind 90 Prozent aller Konzerne gar nicht betroffen, da die Regeln nur für Konzerne ab einer hohen Umsatzschwelle von 750 Millionen Euro gelten. Und das Konzept benachteiligt die ärmsten Staaten, da die zusätzlichen Einnahmen primär in den Konzern-Sitzländern landen – und nicht dort, wo die tatsächliche Wertschöpfung passiert. Doch der wahre Clou folgt erst:

Alle Einnahmen gehen nun an Steuersümpfe

Auf Betreiben der wichtigsten Steuersümpfe wurde von OECD und EU ein weiterer Mechanismus aufgenommen, der die erhoffte Wirkung der Steuer völlig umkehrt, ja ad absurdum führt. Dank der Möglichkeit einer Aufstockungssteuer** können die Steuersümpfe nun genau jenen Teil der Gewinne, der sonst woanders nachbesteuert würde, selbst besteuern. Gleichzeitig können sie ihre generell

von
Martina
Neuwirth
und
David
Walch

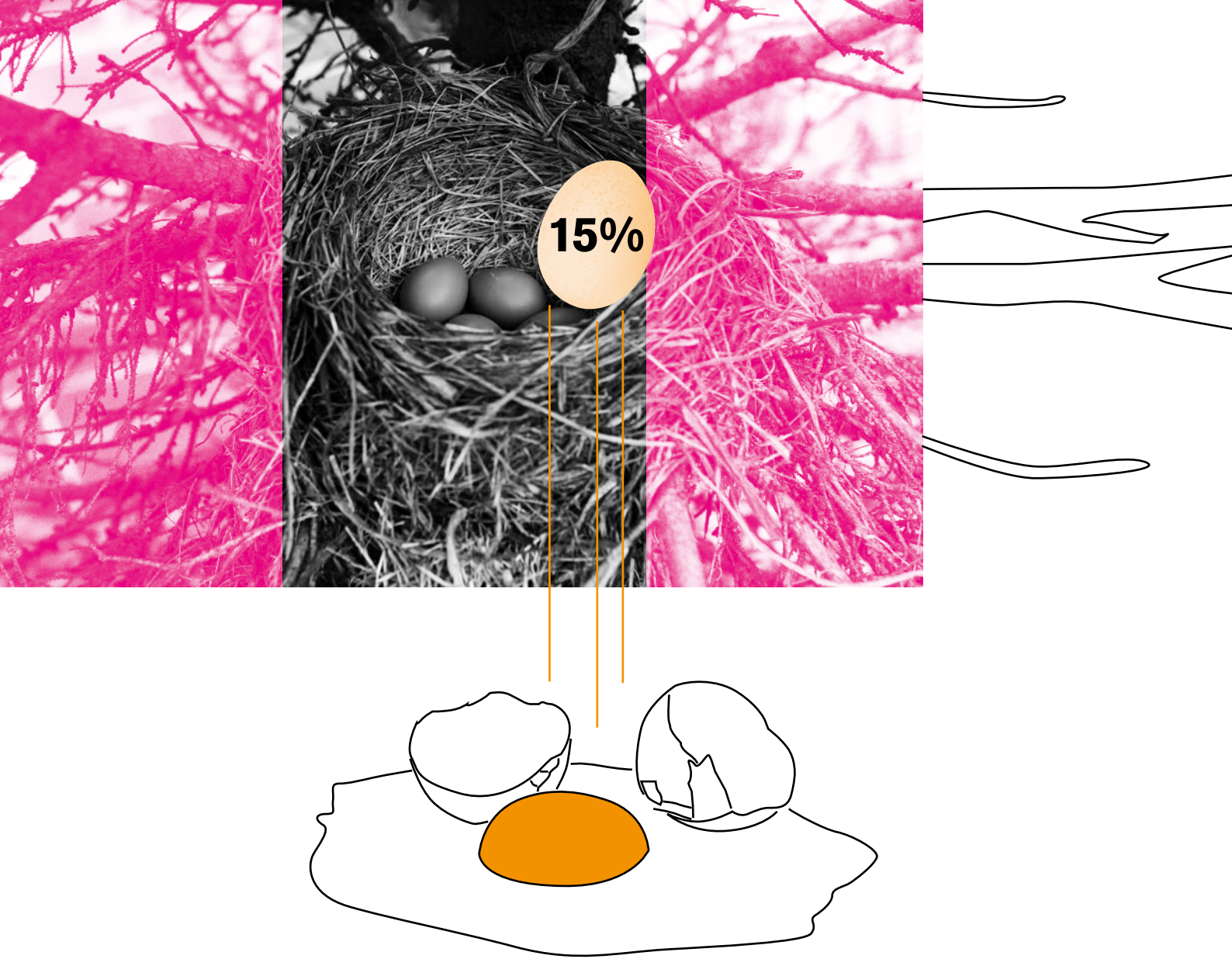
14

niedrigen Steuersätze für alle anderen – von der Mindeststeuer nicht betroffenen – Unternehmen behalten. Die nun nachgereihten Staaten gehen in diesem Fall leer aus. Ihre Steuerbasis wird weiterhin ausgehöhlt, obwohl in bei ihnen oftmals der Großteil an Wertschöpfung stattfindet.

Zugleich können Steuersümpfe die neuen Einnahmen der Aufstockungssteuer durch diverse Zuckerl (wie Förderungen etc.) wieder an die Konzerne zurückgeben. Dies ist keinesfalls bloße Theorie: In der Schweiz etwa soll die Aufstockungssteuer „haushaltsneutral“ sein, um „die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz“ zu verbessern. Kurzum: Mit der Mindeststeuer bleiben die Steuersümpfe für die Konzerne weiterhin höchst attraktiv und lukrativ, während anderen Staaten wichtige Steuereinnahmen fehlen.

Noch mehr Steuerdumping

Damit nicht genug: Die Aufstockungssteuer erhöht sogar noch den Anreiz von Steuersümpfen ihre Steuersätze weiter zu senken. Dies gilt insbesondere für jene Länder, die schon jetzt extrem niedrige Steuersätze haben. Senkt ein Staat nun seine Konzern-



steuern (eventuell sogar auf null), maximiert er seine Anziehungskraft für Gewinnverschiebungen oder Produktionsverlagerungen, während er gleichzeitig noch immer Einnahmen generieren kann. Die Mindeststeuer schafft zwar eine – extrem niedrige – Untergrenze für die Steuerleistung von Konzernen, nicht aber für das ruï-nöse Steuerdumping zwischen den Staaten.

Für Österreich beispielsweise könnte die Mindeststeuer bedeuten, dass der Nachbarstaat Ungarn sein Steuerdumping (derzeit 9 Prozent Gewinnsteuer) fortführen, ja sogar noch verschärfen wird, während Österreich – obwohl es das Sitzland manches Konzerns ist – das Nachsehen hat.

15

Was wäre die Lösung?

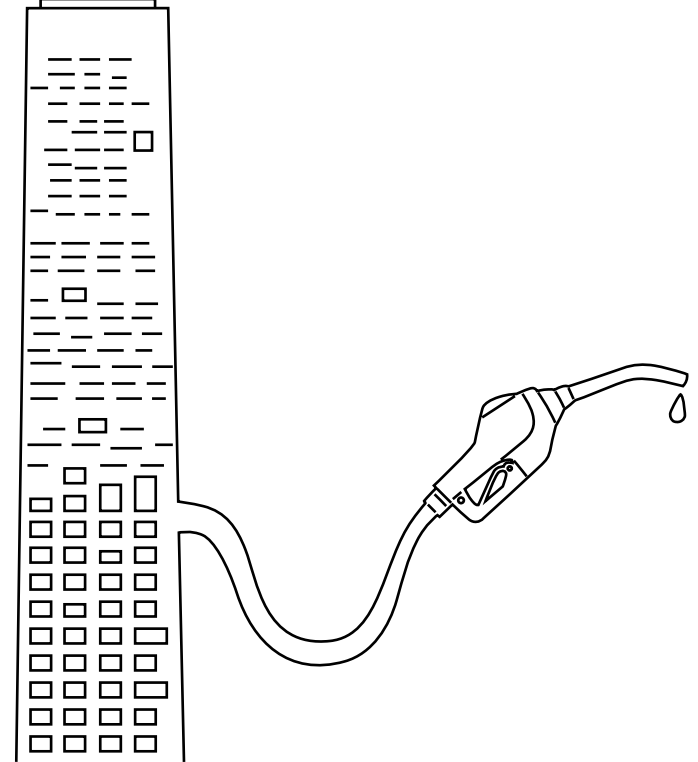
Die Mindeststeuer ist in der nun beschlossenen Form ein Glücksfall für Steuersümpfe. Sie wird weder das Steuerdumping stoppen noch dafür sorgen, dass die Gewinne endlich dort fair besteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden. Dafür wäre es nötig, die internationalen Steuerregeln endlich völlig neu zu schreiben. Die Lösung dafür liegt schon lange auf dem Tisch und heißt Gesamtkonzernsteuer. Dabei werden Konzerntöchter auf Basis des global erzielten Gewinns eines Konzerns besteuert. Dieser Gewinn wird je nach realer Wertschöpfung anteilig auf Länder aufgeteilt und dann entsprechend besteuert. Kombiniert mit einem echten Mindeststeuersersatz von beispielsweise 25 Prozent hätten die Gewinnverschiebungen multinationaler Konzerne damit endlich ein Ende. Die aktuelle Mindeststeuer hingegen erweckt den Eindruck als sei der politische Wille dafür gar nicht vorhanden.

* Von der Differenz zur Mindeststeuer werden dabei 5 Prozent der Summe aus Vermögenswerten und Lohnsumme des Konzerns abgezogen. Dies hat zur Folge, dass multinationale Konzerne weniger als den angeblichen Mindestsatz von 15 Prozent zahlen können.

** Die sogenannte „Qualified Domestic Minimum Top-up Tax (QDMTT)“

Martina Neuwirth arbeitet am Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC) mit dem Schwerpunkt auf internationaler Steuerpolitik.

BLACK
ROCK



die finanziers der klimakrise bestimmen die agenda

wir müssen den einfluss
der finanzkonzerne
auf die klimapolitik
stoppen

Der Finanzsektor spielt durch die Finanzierung fossiler Industrien eine zentrale Rolle bei der Verschärfung der Klimakrise. Das Pariser Klimaabkommen legt zwar fest, dass die Finanzströme „mit der Reduzierung der Treibhausgasemissionen (...) in Einklang zu bringen“ sind. Dennoch existiert noch immer keine Regulierung, die fossile Investitionen des Finanzsektors einschränkt oder verbietet.

Der Grund dafür: Die größten Finanzkonzerne der Welt haben sich in der Glasgow Financial Alliance for Net Zero (GFANZ) zusammengeschlossen. Und diese Allianz bestimmt auch bei den UN-Klimagipfeln die Agenda für die Regulierung des privaten Finanzwesens - und setzt dabei auf freiwillige „Selbstregulierung“. Somit wird ein wichtiger Teil der internationalen Klimapolitik in den Vorstandsetagen der Wall Street und der City of London entworfen.

Profite gehen vor Klimaschutz

Damit vereinnahmen genau jene Konzerne die Klima-Agenda, die die meisten Finanzierungen für fossile Projekte bereitstellen. Von 60 Banken, die seit dem Pariser Abkommen welt-

von Mario
Taschwer

weit 4,6 Billionen US-Dollar in fossile Projekte gepumpt haben, sind 40 Mitglieder in der GFANZ. Die Großbank HSBC etwa hat sich zwar als GFANZ-Mitglied öffentlich zum Klimaschutz bekannt. Dennoch vergab sie geheime Kredite an den Kohlekonzern RWE, der Dörfer und Städte für den Kohleabbau abbaggert.

Den Finanzkonzernen geht es also kaum darum, ihre klimaschädlichen Geschäftsmodelle zu ändern. Denn auch ihre - völlig freiwilligen - „Netto-Null“-Ambitionen sehen keine reale Reduktion der Treibhausgas-Emissionen vor. Emissionen sollen nur durch zweifelhafte „Kompensationen“ (beispielsweise Aufforstungen) an anderen Orten „ausgeglichen“ werden.

Echte Hilfen statt Kredite für den Globalen Süden

Die GFANZ nutzt ihre Machtposition auch, um ihr bevorzugtes Modell der „Klimafinanzierung“ für den Globalen Süden zu propagieren. Im Zentrum stehen dabei Marktöffnungen für privates Kapital, die Vergabe von neuen Krediten, Steuervergünstigungen und ein strenger Investitionsschutz für Konzerne. Statt demokratischer Kontrolle und Klimagerechtigkeit bringt das vor allem höhere Profitmöglichkeiten.

Einfluss der Finanzindustrie muss gestoppt werden

Zusammen mit 89 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus der ganzen Welt forderte Attac anlässlich des Klimagipfels in Sharm el-Sheikh, dass die Regierungen den Einfluss der Finanzindustrie in den Gremien der UN-Klimaverhandlungen stoppen. Die gesamte Finanzindustrie muss sich den Bestimmungen und Zielen des Pariser Abkommens unterwerfen. Zudem braucht es einen ernsthaften Plan für die Finanzierung der Transformation im Globalen Süden, der auf echten Hilfen und nicht auf Krediten basiert. Der dafür bereits 2009 versprochene - aber nie eingelöste - jährliche 100-Milliarden-Dollar-Fonds müsste neu konzipiert und erhöht werden.

Wer den Profitinteressen der Finanzkonzerne Vorrang vor politischer Regulierung gibt, heizt die Klimakrise weiter an.

zeitalter der katastrophen – mut und strategien für die rettung der welt!

20 jahre attac sommer-akademie

Rund 200 Teilnehmer*innen fanden sich von 14. bis 17. Juli 2022 zur Attac SommerAkademie in der Nonntaler Mittelschule in Salzburg ein, um die multiplen Krisen unserer Zeit zu diskutieren. Ukraine-Krieg, Corona-Krise, Abschottung, Eurokrise, Klimakrise... neben der Analyse der Vielfachkrisen ging es vor allem auch darum, mit welchen Strategien wir die notwendige Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen können – und wie wir inmitten des Chaos, das Kapitalismus und neoliberale Globalisierung angerichtet haben, eine solidarische und lebenswerte Zukunft bauen können.

In den großen Plenarveranstaltungen kamen Expert*innen aus verschiedenen Bereichen und Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Initiativen zu Wort; über 40 Workshops zum Themenschwerpunkt und weiteren Attac-Themen wurden angeboten. Neben politischem Diskurs und inhaltlicher Weiterbildung gab es auch wieder ausreichend Raum, um Kontakte zu knüpfen oder aufzufrischen – und natürlich zum gemeinsamen Feiern.

Erstmals wurde auf der SoAk ein Jugendprogramm angeboten, das von drei ehemaligen ZAP (Zivilgesellschaftliches Attac Praxissemester)-Teilnehmerinnen konzipiert wurde. Gestartet wurde mit dem Dokumentationsfilm „Generation Change“ und einem Filmgespräch mit der Klima- und Menschenrechtsaktivistin Sarah Sadeghi; dann gab es jeden Tag mindestens einen Workshop, der dezidiert

vom
SoAk-Team

17

für das junge Publikum der SoAk gestaltet wurde (aber natürlich konnten auch alle Interessierten anderer Altersgruppen daran teilnehmen). Dieses neue Angebot ist sehr gut bei den Teilnehmer*innen angekommen.

Bei der Sommerakademie 2023 von 12. bis 16. Juli in Traiskirchen/NÖ wird manches neu sein und das Wichtigste beim Alten bleiben. Bei der „Sommer-Akademie der sozialen Bewegungen“ wird Attac gemeinsam mit vielen weiteren Organisationen zum Nachdenken und aktiv werden für eine klimasoziale Gesellschaft einladen. Titel: Gemeinsam für Gerechtigkeit! Mächtig werden gegen Klimakrise und Kapitalismus.

Alle Infos unter
attac.at/sommerakademie



immer-mehr und nie-genug!

Mit der spannenden Geschichte der Maßlosigkeit haben wir den Abend des Black Friday 2022 im sehr gut besuchten Saal des Volkskundemuseums mit dem Buchautor Bernhard Ungericht verbracht. Folgenden Fragen gingen wir auf den Grund: Warum konnte sich das Prinzip des Immer-mehr-und-Nie-genug durchsetzen? Wieso hat sich der Neoliberalismus dermaßen etablieren können, welche Komplizen waren daran beteiligt und welche Rolle nehmen wir ein, als „privilegierte Konsument*innen“?

Das war nicht die einzige Aktion an diesem „Kauf nix Tag“. Bereits am Nachmittag gesellten wir uns gemeinsam mit der Grazer Degrowth-Gruppe auf den Hauptplatz. Die jungen Student*innen hatten die Idee, einen großen Stapelturm zu bauen.

von Attac
Graz

„WARUM JENGA? Dieses Spiel steht als Metapher für das aktuelle, rein auf Profit und Wachstum ausgerichtete Wirtschaftssystem. Wenn wir weiter Rohstoffe, Ressourcen und Arbeiter*innen ausbeuten und blind auf stetiges Wachstum setzen, wird das System – der Jenga-Turm – zusammenbrechen.“ (Degrowth Graz)

Unter dem Motto „Kauf nix – spiel Jenga“ bauten die Student*innen von Degrowth, wir von Attac und viele Passant*innen am Riesenjenga. Mit großem Spaß wurde eines klar: Immer mehr Wachstum bringt den Turm zu Fall.

Und klar ist auch – wir werden wieder gemeinsame Aktionen machen! Informiert Euch unter: attac.at/graz

*Buchtipp: Bernhard Ungericht:
Immer-mehr und Nie-genug!
Eine Geschichte der Ökonomie
der Maßlosigkeit (2021)*



herzlich willkommen bei

%attac
Wildgarten

Wir sind eine neu gegründete Regionalgruppe von Attac im Wildgarten, einem Wohnprojekt am Rosenhügel im 12. Wiener Gemeindebezirk.

Unsere Gruppe beschäftigt als ein zentrales Thema die (Mit)Gestaltung des gemeinsamen Lebensraums Wildgarten – wie wir demokratisch über gemeinsame Interessen und Anliegen entscheiden können.

Wir wollen uns auch mit weiteren Themen auseinandersetzen, die unsere Gesellschaft derzeit bewegen, z. B.:

- Klimawandel: Was können wir als einzelne Personen dazu beitragen, unseren Planeten auch noch für unsere Kinder und spätere Generationen lebenswert zu erhalten?
- Soziale Gerechtigkeit und Solidarität: Was ist eigentlich mit unserer Gesellschaft los, dass manche im Übermaß reich sind und andere zu wenig haben, um ihre Grundbedürfnisse zu decken?
- Weitere gesellschaftspolitische Bereiche, die uns beschäftigen, sind Diskriminierung, Rassismus, Exklusion und Bildung.

von Ute
Schreiber

18

Unsere Gruppe organisiert zu diesen Themen Filmabende mit anschließendem Gespräch. Wir laden Expert*innen zu aktuellen Themen ein, die uns alle betreffen, um gemeinsam darüber zu diskutieren. Die Entscheidungen werden anderswo getroffen, dennoch wollen wir etwas bewirken und unsere Mitgestaltungsmöglichkeiten ausloten.

Wir planen, uns einmal im Monat zu treffen; die Termine sind auf der Attac-Website zu finden. Möchtest du bei uns mitmachen? Super!

Du erreichst uns unter:
attac.at/wildgarten oder
wildgarten@attac.at



Gut 150 Interessent*innen kamen zur der von Attac unterstützten NGO Friedens- und Umweltkonferenz „Give Peace a Chance!“ in Wien

der dringendste sieg für mensch und umwelt heißt friedens!

Neben den Vorbereitungen zu einer großen Friedensdemonstration im März 2022 und dem Ostermarsch war FriedensAttac bei der Organisation der NGO-Konferenz „Give Peace a Chance! – Gemeinsam für Frieden, Umwelt- und Klimaschutz“ im ÖGB-Catamaran am 19. Juni maßgeblich beteiligt. Diese internationale Veranstaltung fand begleitend zur ersten UN-Konferenz der Partnerstaaten des Atomwaffenverbotsvertrags in Wien statt. Am Podium diskutierten die Umweltmeteorologin Helga Kromp-Kolb,

der Politikwissenschaftler Heinz Gärtner, Heidi Meinzolt (WILPF), Phill Gittins (World beyond War), der brasilianische Journalist Alex Praça und Alessandro Capuzzo (Bewegung Triest Atomwaffenfrei). Videobotschaften von Yuri Sheliashenko (Ukrainische pazifistische Bewegung) und Oleg Bodrov (Umweltbewegung, Russland) wurden eingespielt. Die bewegenden Reden internationaler Friedensaktivist*innen sind hier abrufbar:

attac.at/friedensattac

von
Gerhard
Kofler,
Friedens-
Attac

Weitere Friedenszeichen setzten wir im vergangenen Jahr durch unsere Teilnahme am Hiroshimatag am 6. August, die Mitorganisation der Friedenspreisverleihung am 2. Dezember an Botschafter Alexander Kmentt und die Bemühungen um neue Bürgermeister*innen für die Bewegung „Mayors for Peace“.

19

was für ein tag!

In Österreich ...

Am 1. Februar 2023 fand im Nationalrat der Abschluss unseres Volksbegehrens „Bedingungsloses Grundeinkommen umsetzen!“ statt. In dieser Parlamentsdebatte* hat sich nur Josef Muchitsch, Obmann des Ausschusses für Arbeit und Soziales, für unser Anliegen eingesetzt. Dadurch blieb es bei einer Ablehnung aller Parteien des Nationalrates.

Dieser Tag war wieder einmal ein wichtiger Schritt in unserer Arbeit für ein BGE. Wir haben gesehen, bei welchem (Un-)Wissens-Stand die Abgeordneten weiter stehen und wie wichtig es ist, die Idee des BGE der Bevölkerung und den Politiker*innen weiterhin zu erklären.

von Attac
Bedingungs-
loses
Grundeinkommen

... und in Europa:

Noch am selben Abend haben wir beim Runden Tisch Grundeinkommen, wo unsere Gruppe Mitglied ist, eine europaweite UBI (Unconditional Basic Income) European Initiative Konferenz durchgeführt. Für „UBI-Basics“ wird in Kürze ein Dokument finalisiert werden.

Unsere Bewegung braucht junge Menschen, die sich für die Einführung des BGE in ganz Europa einsetzen. Sie sollen für eine dynamische Kampagnenarbeit, Kommunikation und dergleichen ihre Aufgabenstellungen finden. Für das konkrete BGE-Fachwissen stehen natürlich die „alten Hasen“ unterstützend zur Verfügung. Bitte meldet euch bei uns, ihr seid herzlich willkommen! Schreibt uns an grundeinkommen@attac.at



Vertreter*innen der Attac-Gruppe BGE und des Vereins „Das Grundeinkommen“ im Parlament.

* Den Link zur Aufzeichnung der Debatte findet ihr auf unserer Website: attac.at/bge



ZINSENLOSE DARLEHEN FÜR ENTWICKLUNGS- ZUSAMMENARBEIT

Unterstützen Sie mit Ihrem zinslosen Darlehen Jugend Eine Welt dabei, Bildung zu ermöglichen. Stärken wir gemeinsam den fairen Handel, erneuerbare Energien sowie die Katastrophenhilfe in Ländern des Globalen Südens.

www.jugendeinewelt.at/faresgeld
darlehen@jugendeinewelt.at



„Wir brauchen
Dich ... !“

„Das Licht
ist aus ...“



Wir brauchen dich als Kreative*r, Grafiker*in
oder Koordinator*in!

grafikteam@attac.at

SONNENTOR
GRÜNDER
JOHANNES
GUTMANN



WIR SEHEN
BIO SCHON
35 JAHRE
DURCH DIE
ROTE
BRILLE



SONNENTOR®

So lange schon ist die auffällige Sehhilfe das Markenzeichen von SONNENTOR Gründer Johannes Gutmann. Und genauso lange begeistern wir mit besten Bio-Tees und Gewürzen. 1988 noch als blauäugig abgetan, wurde aus der Vision Wirklichkeit:

Bio ist gefragter denn je.

Und so werden wir auch in Zukunft genau hinschauen. Wir setzen auf nachhaltige, innovative Produkte, arbeiten im Kreislauf der Natur und mit viel Wertschätzung füreinander.

www.sonnentor.com/35jahre



DER WEG IST GROSS, DER HIMMEL IST GROSS,
DIE ERDE IST GROSS, UND AUCH DER MENSCH IST GROSS.
DIES SIND DIE VIER GROSSEN KRÄFTE DES UNIVERSUMS.

Lao Tse, Tao-Te-King, Nr. 25

HIMMEL
Bett

WALD
Stille

ERDE
Wurzel

WEG
Waldviertler



Waldviertler®

Waldviertler | Schuhe | Taschen | GEA Möbel und Naturmatratzen | GEA Akademie | Brennstoff
WERKSVERKAUF | 33 x in Österreich | 17 x in Deutschland | 1 x in der Schweiz | WWW.GEA.AT

Österreichische
Hochschüler_innenschaft

ÖH



**vote today,
shape tomorrow**

**9.-11. Mai
#oehwahl23**

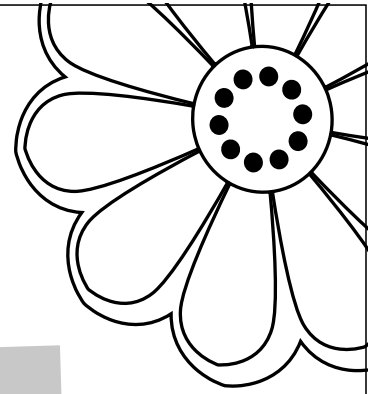
Alles Infos zur ÖH-Wahl findest du unter
oehwahl23.at

   @bundesoeH

DIE BESTEN

Schuhe für Frauen

GEFERTIGT IN EUROPA

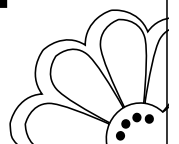


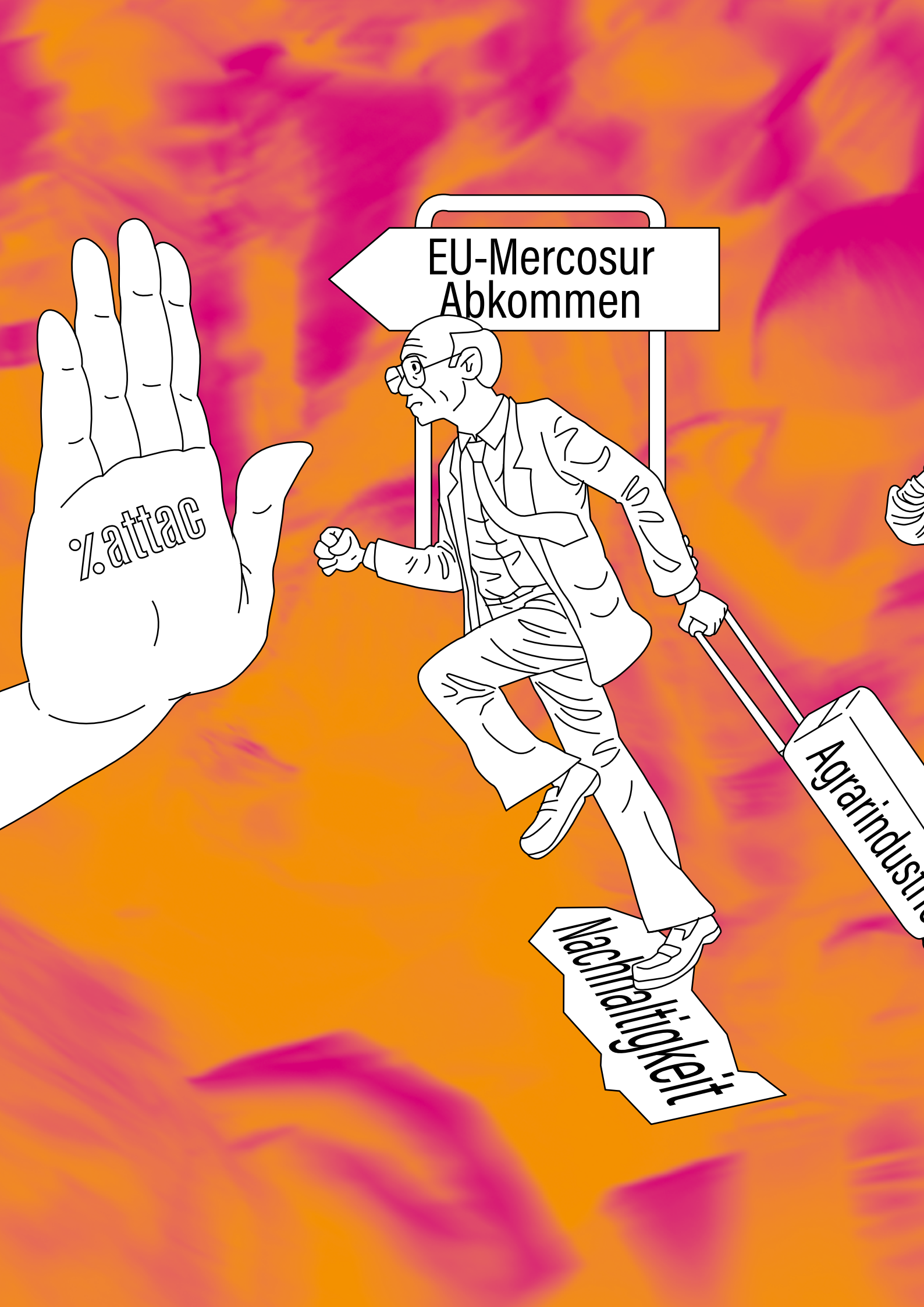
Hartjes
Modell „Phil“

Arche-Schuhe mit Naturlatexsohlen • die bequemsten Schuhe von Thierry Rabotin • Bio-Lederschuhe von WERNER (IVN zertifiziert) • Hartjes-Schuhe gefertigt in Oberösterreich • Natural World vegane Biobaumwollschuhe • u. a.

SCHUHE FÜR FRAUEN

1070 Wien • Neubaugasse 44 • www.schuhefuerfrauen.at





EU-Mercosur
Abkommen

%attac

Agrarindustrie

Nachhaltigkeit